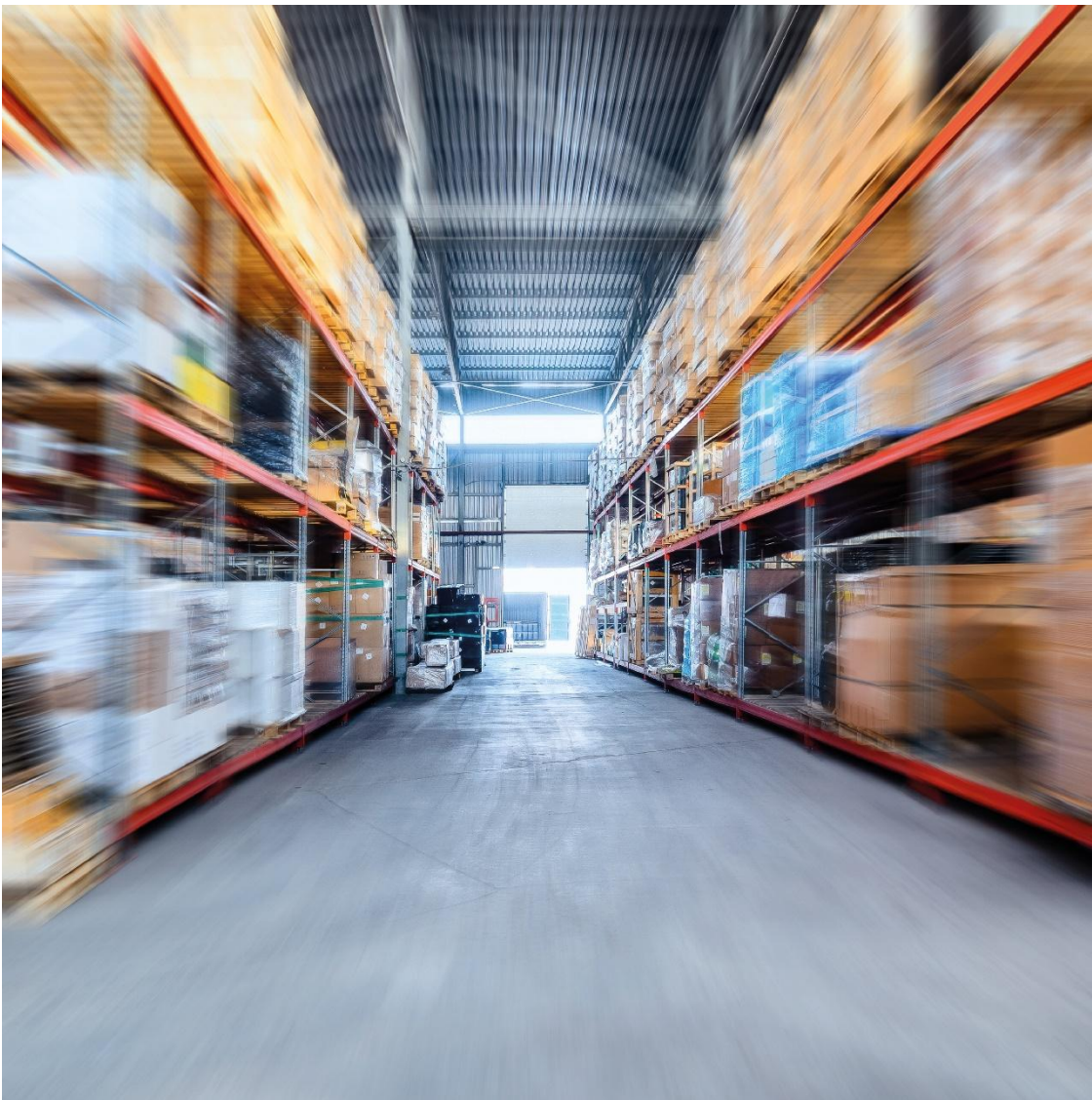


trends & analysen großhandel

September 2026



Der BGA-Großhandelsklimaindikator deutet auf eine langsame, verhaltene Erholung der konjunkturellen Entwicklung. Die Unternehmen im Großhandel sind weniger pessimistisch als noch zum Jahreswechsel 2025/26. Von einem wirtschaftlichen Aufschwung kann jedoch keine Rede sein. Dafür zeigt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts zu wenig Dynamik, sind zu viele strukturelle Herausforderungen ungelöst und wurden die politischen Erwartungen der Unternehmen zu sehr enttäuscht.

Das Bruttoinlandsprodukt konnte in den jüngsten Quartalen gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal stetig leicht zulegen, so dass das vom BGA zum Jahreswechsel 2025/26 erwartete Wachstum von 0,7 Prozent etwas höher ausfallen kann. Allerdings belasten die geopolitischen Konflikte und die Lasten aus Bürokratie, Steuern und Arbeitskosten die Unternehmen erheblich. Auch Störungen in den Lieferketten erschweren die konjunkturelle Erholung. Allerdings spiegelt sich in der Entwicklung der Konjunkturindikatoren aus Sicht des BGA die voranschreitende Diversifizierung von Beschaffungs- und Vertriebswegen und damit eine zunehmende Krisenresilienz.

Obwohl die geopolitischen Herausforderungen fortbestehen und die Unternehmen eher mit einer Verschärfung als einer Entspannung rechnen, zeichnet der BGA-Großhandelsklimaindikator eine weniger pessimistische Einschätzung für die weitere Entwicklung. Er konnte über 14 Punkte auf fast 85 Punkte zulegen, wobei Werte unter 100 eine pessimistische Bewertung spiegeln. Gegenüber dem Stimmungstiefpunkt im Sommer 2026 mit 65 Punkten haben Lagebewertung und Geschäftserwartungen sich deutlich verbessert. Hierauf deutet auch die jüngste Entwicklung der Großhandelsumsätze.

Nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes konnten die Umsätze im ersten Halbjahr 2026 um 4,9 Prozent zulegen. Dieser nominale Anstieg findet eine wesentliche Ursache in den durch die Lieferkette laufenden höheren Preise

für die Beschaffung und den Transport von Rohstoffen und Gütern, allem voran bei Energierohstoffen, infolge des anhaltenden Konfliktes im Nahen Osten. Positiv ist zum einen aber, dass auch die preisbereinigte – somit reale – Entwicklung der Großhandelsumsätze wieder positive Signale zeigt. Im ersten Halbjahr 2026 wurden 1,0 Prozent mehr Güter verkauft.

Zum anderen zeigt sich, dass die Stimmungsentwicklung sich in allen drei zentralen Säulen des Großhandels spiegelt. Im Konsumgütergroßhandel, der in jüngster Vergangenheit von Konsumzurückhaltung und Einkommensunsicherheiten bei den Beschäftigten und ihren Familien gekennzeichnet war, beim baunahen Großhandel, der mit Blick auf den Wohnungsbau unter hohen Baukosten, Zinsen und Unsicherheit über die künftige Förderung leidet, vor allem aber im Produktionsverbundhandel, der sich auf Grund der engen Verbindung zu Industrie und Außenhandel mit strukturellem Wandel und den geopolitischen Unsicherheiten konfrontiert sieht. Noch liegen die Umsätze im Großhandel und auch das Bruttoinlandsprodukt jedoch unter dem Niveau von 2022.

Um aus dem tiefen Stimmungstal und damit zugleich aus der schwierigen Wirtschaftslage herauszukommen, hätten sich die Unternehmen eine wirtschafts- und mittelstandsfreundlichere Flankierung durch die Politik gewünscht. Die Unternehmen unterstützen die Reformpakete der Bundesregierung zwar grundsätzlich, sehen jedoch Nachjustierungsbedarf. So sehen sich beispielsweise neun von zehn Unternehmen bei der Einkommensteuerreform ungerecht behandelt. Für sie ist die Einkommensteuer die zentrale Unternehmensteuer, weshalb eine steigende Steuerbelastung mit weiterer Investitionszurückhaltung verbunden sein dürfte. Die Enttäuschung bei den Unternehmen sitzt tief, aber die Erwartung an Reformen, die auch den Unternehmen Impulse und Entlastung durch weniger Bürokratie, Kosten, Steuern und Abgaben bringen, besteht unverändert fort.

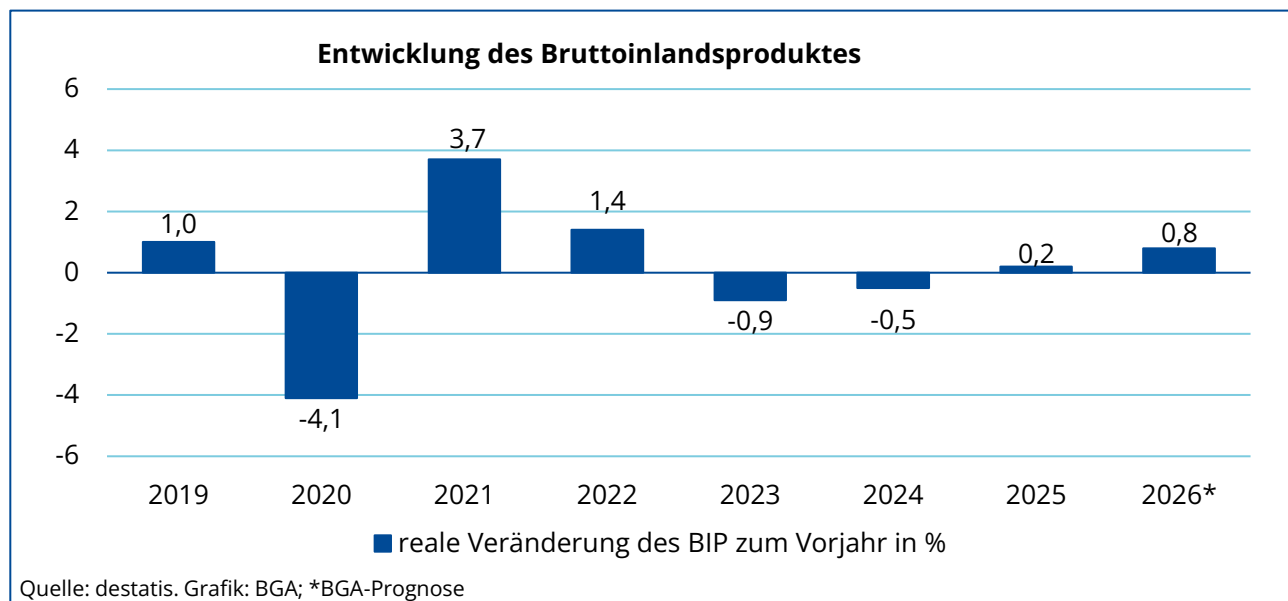
wirtschaftliche entwicklung in deutschland

Das Wirtschaftsmodell Deutschland steht im Zeitalter geopolitischer Konflikte und tiefgreifendem Strukturwandel vor einer grundlegenden Belastungsprobe. Außenhandel und Industrie als früher tragende Säulen sehen sich mit massivem Wettbewerbs- und Kostendruck konfrontiert. Gleichzeitig gewinnen Handel und Dienstleistungen stetig an Bedeutung, erfahren jedoch nicht die entsprechende politische Aufmerksamkeit.

Zur Jahresmitte 2026 deuten erste Anzeichen eine allmähliche Erholung an. In den Jahren von 2022 bis 2025 verzeichnete die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes eine ausgeprägte Delle. Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine sank das BIP 2023 um 0,9 Prozent und 2024 um 0,5 Prozent. Im Jahr 2025 stagnierte es mit +0,2

Prozent faktisch. Für 2026 haben verschiedene Wirtschaftsforschungsinstitute im September ihre Prognosen auf 1,2 bis 1,4 Prozent angehoben und verweisen auf Impulse aus schuldenfinanzierten Verteidigungs- und Infrastrukturausgaben. Die privaten Konsumausgaben stagnieren dagegen und die Ausrüstungsinvestitionen sind im zweiten Quartal erneut gesunken. Das Baugewerbe schrumpft das vierte Jahr in Folge.

Der BGA bleibt mit einem erwarteten, ebenfalls, aber nur leicht angehobenen Wachstum von real 0,8 Prozent weiterhin verhalten. Die strukturellen Herausforderungen aus Diversifizierung, Dekarbonisierung, Digitalisierung und Demografie bleiben bestehen. Für nachhaltiges Wachstum bleiben die Impulse weiterhin zu schwach.



Im ersten Quartal 2026 lag das reale BIP 0,8 Prozent über dem Vorjahresquartal, im zweiten Quartal 1,0 Prozent. Gegenüber dem jeweiligen Vorquartal wuchs die Wirtschaft im ersten Quartal um 0,4 Prozent, im zweiten um 0,3 Prozent. Die Bruttoanlageinvestitionen und die Bauinvestitionen bleiben dabei eine Schwachstelle. In den ersten beiden Quartalen gingen von diesen kaum Impulse aus, lediglich die Ausrüstungsinvestitionen zogen an. Zudem fiel auch der Außenhandel wieder etwas dynamischer aus.

Die Wirtschaft könnte im weiteren Jahresverlauf weiter an Tritt fassen, ohne jedoch große Dynamik zu entwickeln. Der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter kritisch: Die Zahl der Erwerbstätigen lag im zweiten Quartal um 212.000 unter Vorjahr. Die Zahl der Arbeitslosen ist im August auf 3,06 Millionen gestiegen. Die Unternehmen sehen sich nach wie vor mit zu hohen Auflagen, Energiekosten und steigenden Arbeitskosten konfrontiert. Eine wirksame Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland bleibt überfällig.

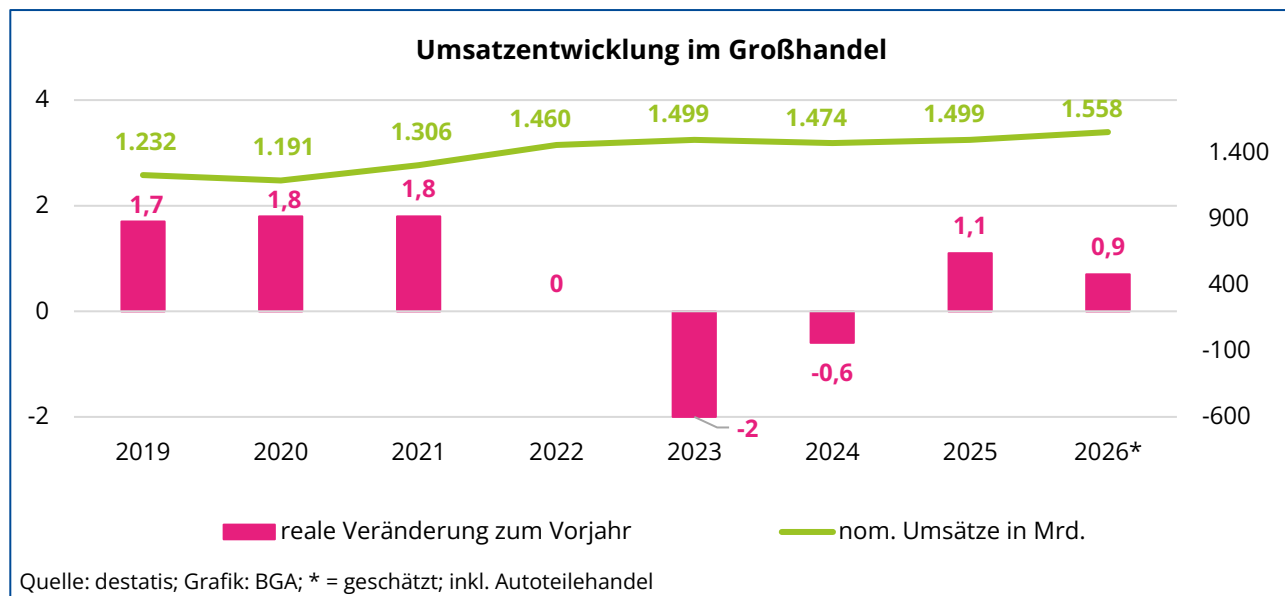
entwicklung des großhandels

Der Großhandel verharrt seit 2022 auf nahezu unverändertem Niveau. Nach den Daten des Statistischen Bundesamtes geht es 2026 bei den Großhandelsumsätzen leicht aufwärts.¹ Real verharran die Umsätze jedoch weiter unter dem Niveau von 2022. Die schwache Entwicklung resultiert aus fortbestehenden geopolitischen Konflikten sowie hohen Kosten aus den strukturellen Herausforderungen. Sie spiegelt sich in einer weiterhin deutlichen Investitionszurückhaltung. Zudem sieht sich der Großhandel durch wieder steigende Einkaufspreise, hohe Transportkosten und Energiekosten unter Druck.

Nach den Krisenjahren 2020 bis 2022 entwickelten sich die Großhandelspreise zunächst rückläufig. Seit dem Frühjahr 2026 ziehen die Großhandelspreise insbesondere infolge des Nahost Konfliktes wieder an. Während die nominalen Umsätze damit steigende Tendenz ausweisen,

bleibt die reale Entwicklung weiter verhalten. Die auf den Vorstufen anziehenden Preise bedeuten für die Großhändler steigende Beschaffungskosten, die die Unternehmen vielfach nicht mehr auffangen können und nun weitergeben.

Die Umsätze stiegen 2025 um 1,8 Prozent, real aber nur um 1,1 Prozent, nachdem sie zwei Jahre in Folge sanken. Niveaumäßig liegen sie trotz der langsamen Erholung unter dem Niveau von 2022. Für 2026 zeichnet sich eine Fortsetzung der Anpassung ab. Im ersten Halbjahr stiegen die Umsätze nominal um 4,9 Prozent und real um 1,0 Prozent. Für das gesamte Jahr erwartet der BGA preisbedingt einen nominalen Anstieg von unter 4 Prozent, real aber nur von 0,9 Prozent. Der Großhandel arbeitet sich damit langsam aus der Stagnation heraus. Der Kostendruck aus den geopolitischen Konflikten bleibt jedoch erheblich.



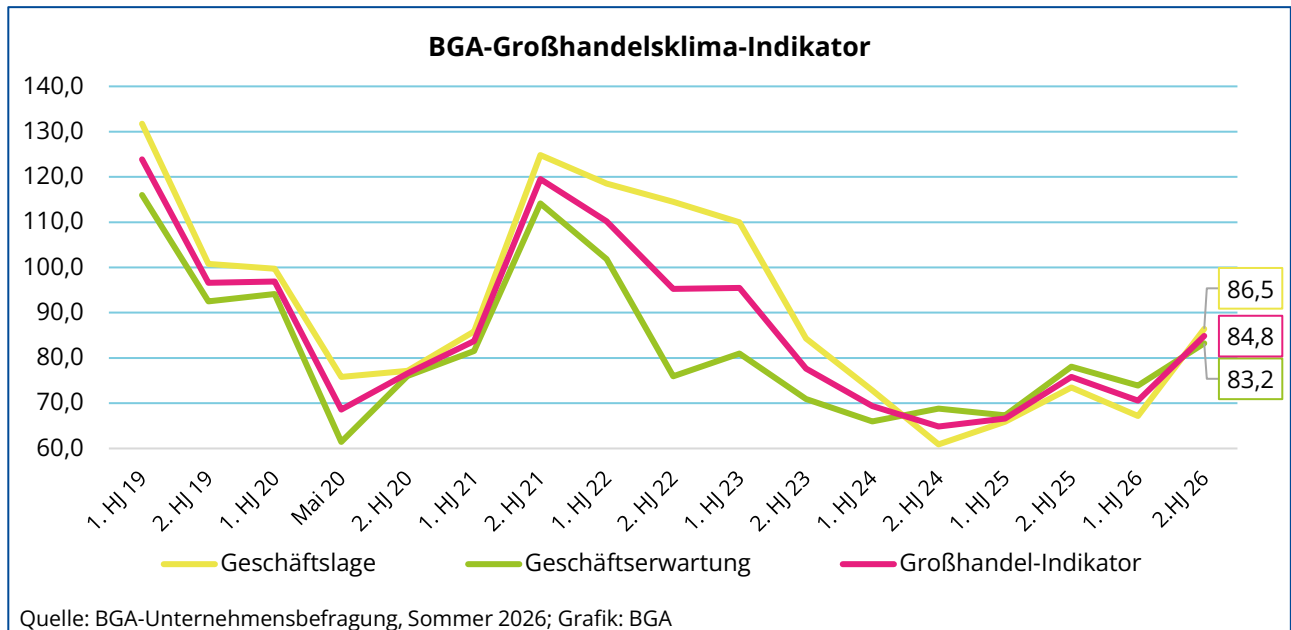
Nach der BGA-Konjunkturumfrage 2026 gewinnt die Entwicklung kaum an Fahrt. Bremsend wirken die schwache Nachfrage, Bürokratie und erhöhte Kosten. Impulse aus den erhöhten Verteidigungsausgaben und den Infrastrukturinvestitionen kommen im Großhandel kaum an. Erwartete wirksame politische Entlastungen

lassen dagegen auf sich warten. Der BGA geht daher von einer moderaten Entwicklung für 2026 aus. Konkret prognostiziert er einen Anstieg des absoluten Umsatzes auf rund 1.558 Milliarden Euro und damit ein Überschreiten des nominalen Niveaus von 2023, real bleibt das Niveau weiter unter dem Wert von 2022.

bga-großhandelsklimaindikator

Die Großhändler blicken zur Jahresmitte 2026 weniger pessimistisch in die Zukunft als noch ein halbes Jahr zuvor. Nachdem die Stimmung im Großhandel zum Jahreswechsel 2025/26 noch einmal eingebrochen war, verzeichnet der BGA-Großhandelsklimaindikator nun eine deutliche Abschwächung der pessimistischen

Stimmung. Die Erwartung an die weitere Entwicklung hat jedoch nicht so stark zugelegt wie die Lagebewertung. Die aktuelle Lage wird erstmals wieder besser als noch im zweiten Halbjahr 2023 bewertet. Die Erwartungen bleiben jedoch etwas verhaltener und liegen auf dem Niveau von vor drei Jahren.



Der BGA-Großhandelsklimaindikator zieht zur Jahresmitte 2026 an. Nach der BGA-Konjunkturumfrage steigt der Klimaindikator von 70,6 Punkten um 14,2 Punkte auf 84,8 Punkte. Damit deutet sich ein Stimmungswechsel an. Allerdings gilt es zu berücksichtigen, dass Werte unter 100 weiterhin eine negative Bewertung zum Ausdruck bringen.

Maßgeblich für die Aufhellung ist vor allem die deutlich verbesserte Einschätzung der aktuellen Lage, die um 19,3 Punkte auf 86,5 Punkte steigt. Die Geschäftserwartungen legen mit 9,3 Punkten weniger stark zu und liegen bei 83,2 Punkten. Die verbesserte Stimmung resultiert aus einer weniger negativ bewerteten Entwicklung der Umsätze, insbesondere im Produktionsverbindungshandel. Auch bei Auftragslage und Auslastung zeichnet sich eine Entspannung ab. Kritisch bleibt jedoch die Beschäftigungsentwicklung. Die erschwerten Rahmenbedingungen am Wirtschaftsstandort Deutschland

bremsen das Wachstum der Unternehmen im Inland. Der Produktionsverbindungshandel scheint sich von den Folgen der Corona-Pandemie, des Ukraine-Krieges und des Nahost-Konfliktes langsam zu erholen. Die Diversifizierung von Beschaffung und Vertrieb kommt voran. Der Wohnungsbau zeigt bei den Baugenehmigungen im ersten Halbjahr 2026 positive Signale, leidet aber weiter unter hohen Baukosten, Zinsen und regulatorischen Anforderungen. Der Konsum bleibt schwach. Einkommensunsicherheit, teure Lebenshaltung und hohe Belastungen schränken die Verbraucherinnen und Verbraucher ein.

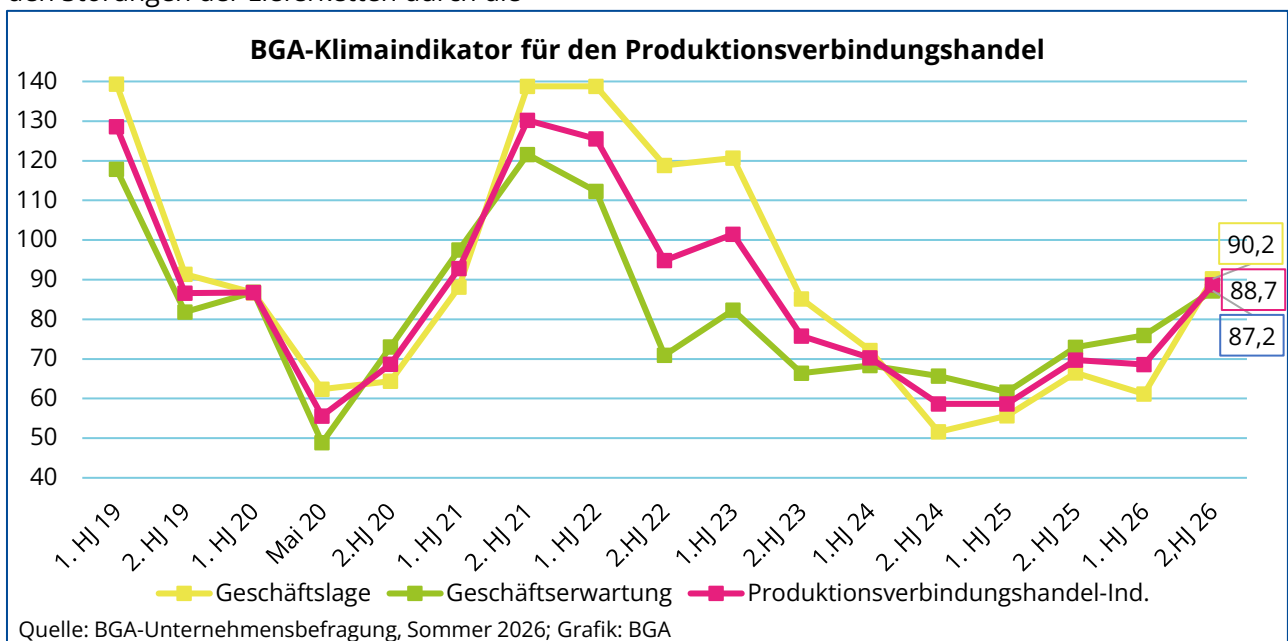
Die Maßnahmen der Bundesregierung und die Infrastrukturprogramme lassen bislang keine spürbaren Impulse im Großhandel erkennen. Die Unternehmen erwarten wirksame Kostensenkungen und eine Reduktion von Bürokratie, um wieder wettbewerbsfähiger zu werden.

produktionsverbindungshandel

Der Produktionsverbindungshandel als Frühindikator für die industrielle Entwicklung und den Export sendet Signale der Erholung. Nach vier Jahren mit überwiegend kritischer Stimmung zeichnet die Stimmungsentwicklung zur Jahresmitte 2026 eine zunehmende Anpassung an die multiplen Krisen und Herausforderungen nach.

Die Produktionsverbindungshändler passen sich an die vielfältigen Herausforderungen aus den Störungen der Lieferketten durch die

Corona-Pandemie, den Ukraine-Krieg und den Konflikt im Nahen Osten an, indem sie Beschaffungs- und Vertriebswege diversifizieren und sich Digitalisierung und KI stellen. Die im Sommer 2025 begonnene und zum Jahreswechsel 2025/2026 unterbrochene Aufhellung der Stimmung setzt sich damit fort. Der Produktionsverbindungshandel ist zur Jahresmitte 2026 der Impulsgeber für die Entwicklung im gesamten Großhandel.



Nach der BGA-Konjunkturumfrage im Sommer 2026 zieht der Indikator so stark wie in keinem anderen Großhandelszweig an. Der BGA-Klimaindikator für den Produktionsverbindungshandel steigt um 20,1 Punkte auf 88,7 Punkte und erreicht damit den höchsten Wert seit dem ersten Halbjahr 2023. Die aktuelle Bewertung der Geschäftslage springt um 29,0 Punkte auf 90,2 Punkte. Die Geschäftserwartungen legen um 11,3 Punkte zu und liegen bei 87,2 Punkten.

Während im ersten Halbjahr 2025 die Umsätze noch nominal um -1,9 und real um -0,8 Prozent sanken, zeichnete sich im zweiten Halbjahr eine Trendwende mit einem Anstieg um +1,9

Prozent bzw. +2,3 Prozent ab. Dieser Trend setzte sich im ersten Halbjahr 2026 mit nominal +9,4 Prozent und real +2,2 Prozent fort. Insgesamt liegt der Umsatz dennoch unter Niveau des Jahres 2022. Der BGA geht von einer weiteren Aufwärtsbewegung im zweiten Halbjahr 2026 aus. Die Standortnachteile und die hohen Kostenbelastungen bleiben jedoch eine Wachstumsbremse und begrenzen die Erholung.

Der Gesamtjahresumsatz im Produktionsverbindungshandel kann nach den Erwartungen des BGA 2026 damit erstmals seit 2022 wieder zunehmen. Für 2026 geht der BGA von voraussichtlich 775 Milliarden Euro an Umsätzen im Produktionsverbindungshandel aus.

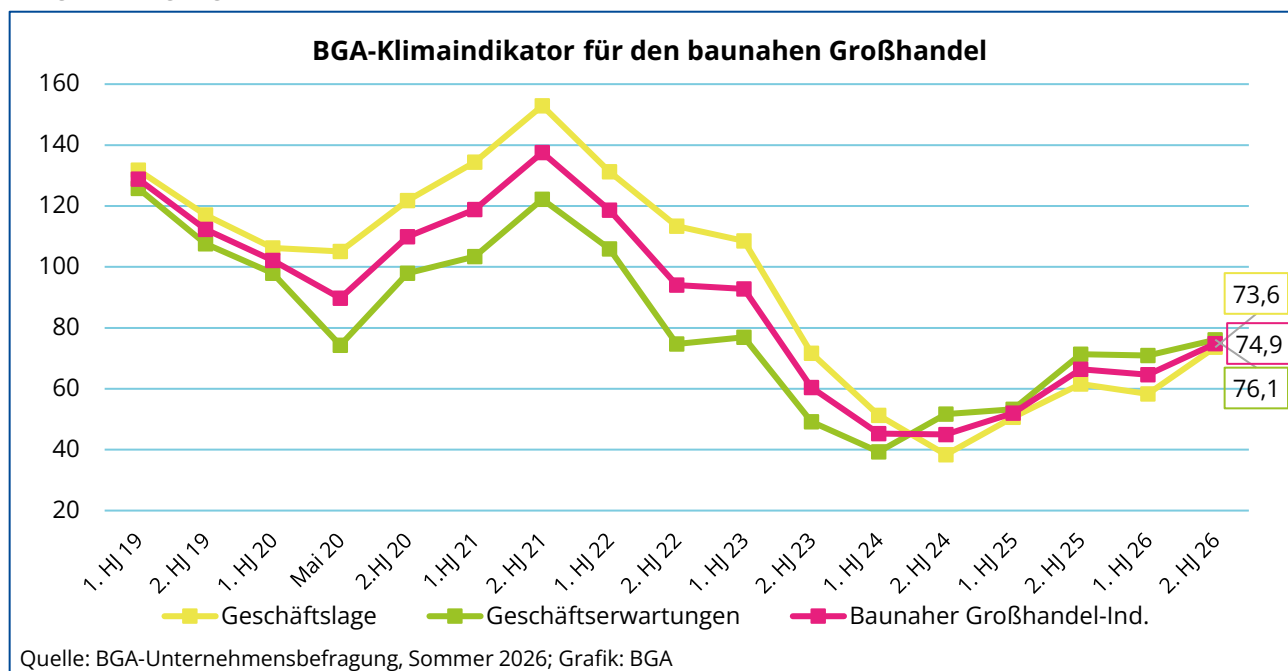
baunaher großhandel

In Deutschland müssten nach den vom Bundesverband des deutschen Baustoff-Fachhandels in Auftrag gegebenen Berechnungen des Pestel-Instituts über 400.000 Wohnungen jährlich gebaut werden, um das Wohnungsdefizit bis zum Jahr 2030 abzubauen. Von dieser Zielsetzung sind wir weit entfernt. Erstmals seit Jahren zeigen die Genehmigungszahlen aber wieder deutlich nach oben.

Im ersten Halbjahr 2026 wurden 126.300 Wohnungen genehmigt, 15,1 Prozent mehr als ein Jahr zuvor und damit so viele wie seit 2016 nicht mehr. Besonders kräftig legte mit 16,9 Prozent der Geschosswohnungsbau zu. Die Baugenehmigungen müssen nun in

Baufertigstellungen umgesetzt werden. Nach wie vor ist der sog. Bauüberhang erheblich.

Hohe Baukosten, Bauanforderungen und Zinsen wirken jedoch weiterhin bremsend. Zudem besteht weiterhin keine Klarheit über die künftige Förderung des Wohnungsbaus und der ökologischen Transformation, insbesondere im Gebäudebestand. Über das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz (SVIK) schiebt die Bundesregierung zugleich Investitionen in Schiene, Straßen, Brücken und öffentliche Gebäude an. Ärgerlich ist nur, dass Finanzmittel für Infrastrukturinvestitionen aus dem Kernhaushalt in das Sondervermögen verschoben werden.



Die politischen Signale finden im baunahen Großhandel verhalten Resonanz. Die Stimmung der Unternehmen im baunahen Großhandel hat sich nach der BGA-Konjunkturumfrage im Sommer 2026 wieder verbessert. Nachdem der Indikator zum Jahreswechsel 2025/26 noch 1,8 Punkte einbüßte, legt er nun um 10,3 Punkte auf 74,9 Punkte zu und erreicht damit den höchsten Wert seit dem ersten Halbjahr 2023. Die aktuelle Lage wird um 15,3 Punkte besser

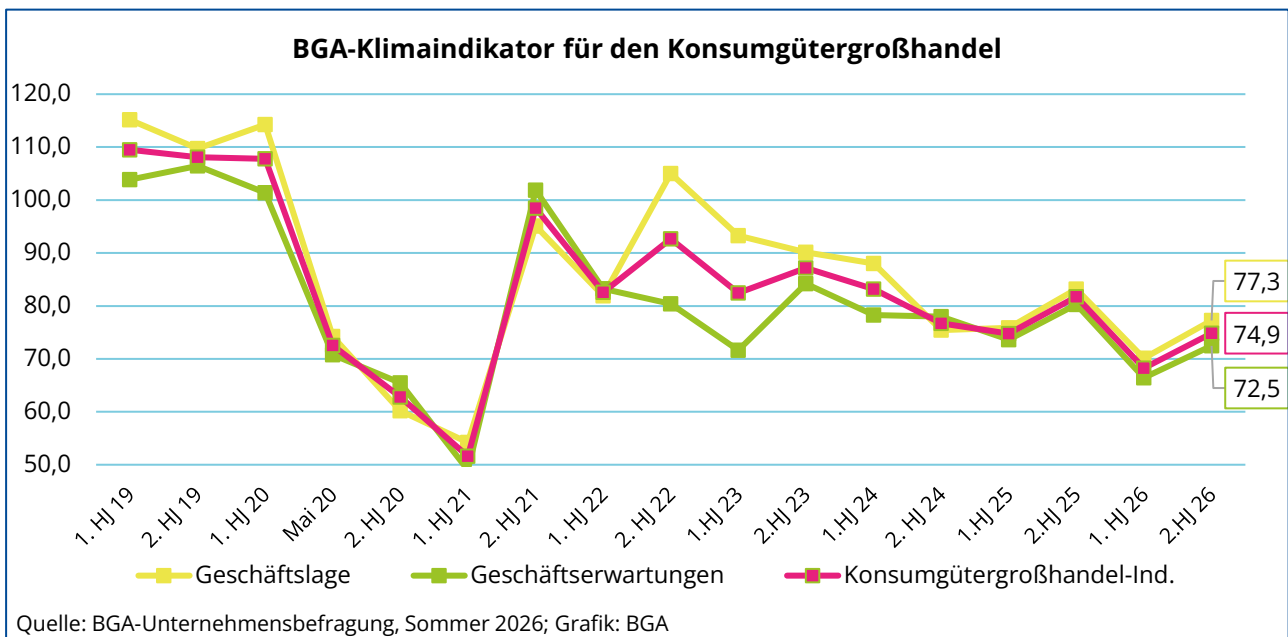
bewertet und erreicht 73,6 Punkte. Die Erwartungen liegen mit 76,1 Punkten weiter über der Lagebewertung, der Abstand hat sich jedoch von 12,6 auf 2,5 Punkte verringert.

Der BGA leitet hieraus ab, dass sich die Lage am Wohnungsbau auf niedrigem Niveau stabilisiert und die Umsetzung der Infrastrukturprogramme im baunahen Großhandel - wenn auch nur begrenzt - ankommen.

konsumgütergroßhandel

Die Stimmung im Konsumgütergroßhandel hat sich nach der BGA-Konjunkturumfrage im Sommer 2026 etwas erholt, bleibt aber weiter schwach und deutlich hinter dem Produktionsverbindungshandel zurück. Nach dem Einbruch zum Jahreswechsel 2025/26 zieht das Stimmungsbarometer leicht an, ohne die Dynamik der beiden anderen Großhandelszweige zu

erreichen. Belastend für den privaten Konsum wirken die wieder anziehende Inflation ebenso wie die Verunsicherung über die weitere Entwicklung am Arbeitsmarkt und bei den Einkommen. Die Arbeitslosigkeit ist im August 2026 auf 3,06 Millionen Menschen und damit die Arbeitslosenquote auf 6,5 Prozent gestiegen.



Der Klimaindikator für den Konsumgütergroßhandel steigt zur Jahresmitte 2026 um 6,6 Punkte auf 74,9 Punkte und bleibt damit deutlich im negativen Stimmungsbereich. Die Stimmung ist aktuell deutlich pessimistischer ausgeprägt als im Produktionsverbindungshandel.

Und vor allem bleiben die Konsumgütergroßhändler für die weitere Entwicklung kritisch gestimmt: Sie bewerten die künftige Entwicklung pessimistischer als ihre aktuelle Lage. Die Bewertung der Geschäftslage hat um 7,2 Punkte zugelegt und liegt nun bei 77,3 Punkten. Die Erwartungen haben sich dagegen nur um 6,1 Punkte verbessert und liegen mit 72,5 Punkten deutlich unter der Lagebewertung.

Die Entwicklung der Umsätze im Konsumgütergroßhandel spiegelt eine volatile Entwicklung. Insgesamt konnten die Umsätze 2025 real um

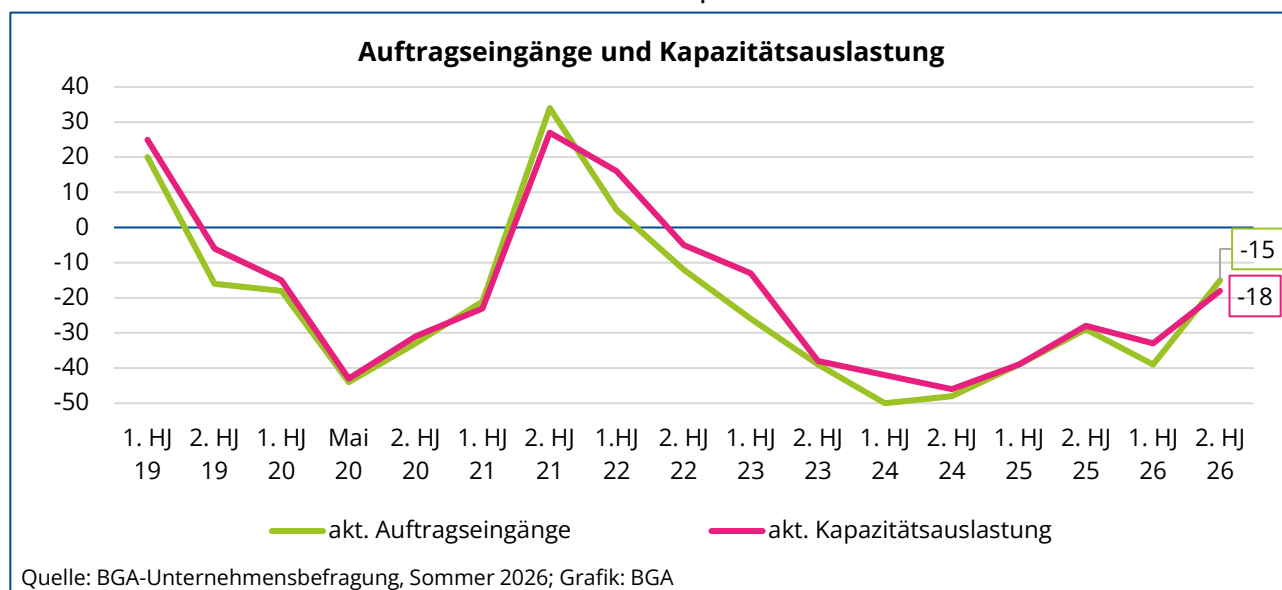
0,7 Prozent zulegen, nominal fielen sie allerdings um 0,1 Prozent geringer aus als im Vorjahr. 2026 bremst die wieder anziehende Teuerung die reale Entwicklung, während höhere Kosten die nominalen Umsätze preislich beeinflussen. Nominal stiegen die Umsätze im ersten Halbjahr 2026 um 0,2 Prozent und real fielen sie um 0,6 Prozent.

Der BGA erwartet für das zweite Halbjahr 2026 weiterhin kaum Wachstumssignale aus dem privaten Konsum. Einkommens- und Arbeitsplatzunsicherheiten sowie steigende Preise machen sich in einer fortbestehenden Konsumzurückhaltung bemerkbar. Für den Umsatz im Konsumgütergroßhandel prognostiziert der BGA daher 2026 nur einen geringen nominalen Zuwachs auf 715 Milliarden Euro bei real weitgehend stagnierender Entwicklung.

auftragseingänge und kapazitätsauslastung

Die Bewertung von Auftragseingängen und Kapazitätsauslastung bleibt auch im Sommer 2026 negativ, aber es gibt Hoffnung. Zur Jahresmitte 2026 knüpft die Bewertung an den seit dem zweiten Halbjahr 2024, nur zum Jahreswechsel 2025/2026 unterbrochenen, positiven Trend an. Nach der BGA-Konjunkturumfrage vom Sommer 2026 hat sich die Bewertung der

Auftragseingänge und der Kapazitätsauslastung im Großhandel deutlich verbessert. Beide Werte verbessern sich so stark wie seit dem Jahr 2021 nicht mehr. Der Trend deutet auf eine langsam anziehende Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen im Großhandel und auch seinen drei Teilzweigen hin.



Die Bewertung der Auftragseingänge hat sich verbessert. Sie legt um 24 Punkte zu und liegt nun bei -15 Punkten. Das ist der beste Wert seit dem zweiten Halbjahr 2022. Eine ähnliche Entwicklung ist bei der Bewertung der Kapazitätsauslastung festzustellen. Diese steigt um 15 Punkte auf -18 Punkte und erreicht damit den besten Wert seit dem ersten Halbjahr 2023.

Beide Komponenten des Großhandelsindikators bilden wichtige Größen für die Bewertung der wirtschaftlichen Entwicklung im Großhandel. Beide bleiben allerdings im negativen Bereich. Es überwiegen weiterhin die Unternehmen, die ihre Auftragseingänge und ihre Auslastung als unzureichend bewerten. Im Produktionsverbindungshandel fällt der Anstieg um 37 Punkte auf nun insgesamt -5 Punkte für die Ordereingänge und um 30 Punkte auf nun -12

Punkte für die Kapazität im Vergleich am kräftigsten aus. Im baunahen Großhandel werden Auftragseingänge und Kapazitätsauslastung mit -23 Prozent bzw. -26 Punkten weiterhin am kritischsten bewertet, im Konsumgütergroßhandel liegen sie bei -33 und -10 Punkten. Die Anpassungen an den Strukturwandel, die Diversifizierung von Beschaffungs- und Vertriebswegen kommt offenbar im Produktionsverbindungshandel voran. In den anderen beiden Zweigen lasten jedoch die Unsicherheiten und Zurückhaltung der Bürgerinnen und Bürger doch noch immer deutlich auf den Unternehmen.

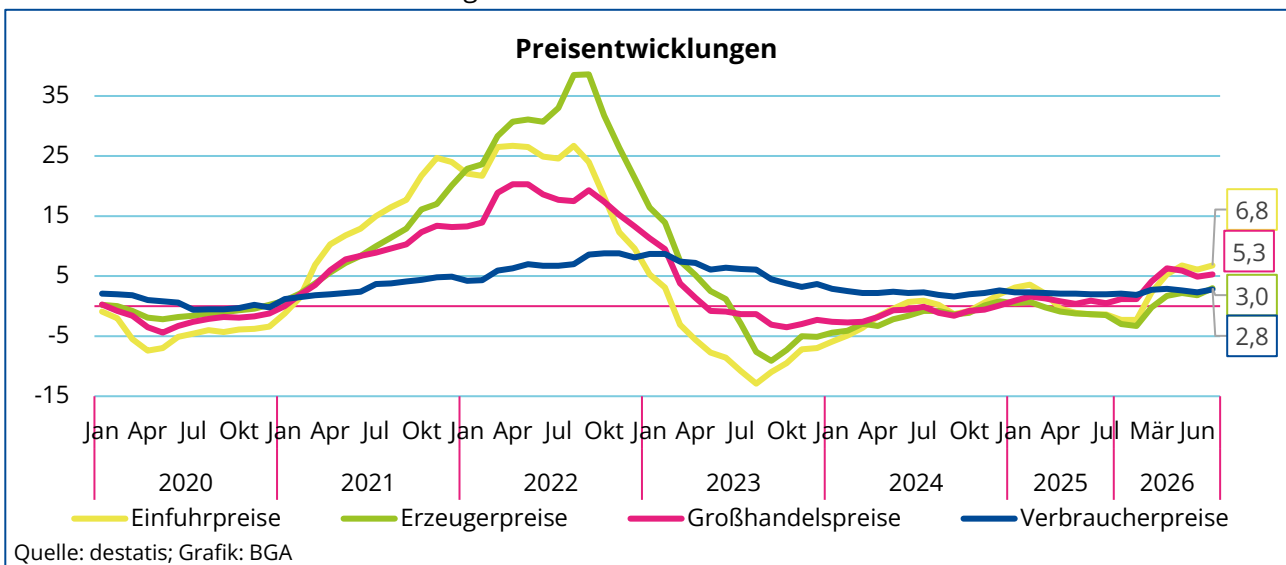
Für eine nachhaltige Besserung bedarf es spürbarer Signale für Bürger und Betriebe durch verbesserte wirtschaftliche Rahmenbedingungen einerseits und Entlastungen bei Steuern, Abgaben und Bürokratie andererseits.

preisentwicklung

Die Inflation zieht wieder an. Nach einer Phase der Beruhigung lag die Teuerungsrate im Juli 2026 mit 2,8 Prozent deutlich über der Zielmarke der Europäischen Zentralbank von zwei Prozent. Im Juli betrug sie noch 2,3 Prozent. Der Anstieg der Verbraucherpreise, der im Oktober 2022 mit 8,8 Prozent einen Spitzenwert erreichte, war bis Anfang 2026 auf rund zwei Prozent zurückgegangen. Zentraler Preistreiber ist inzwischen wieder die Energie. Für das Jahr 2026 geht der BGA insgesamt von einer Inflation von eher in Richtung 3 Prozent tendierend und damit deutlich über 2 Prozent liegend aus.

Auch auf den Vorstufen hat sich die Preisentwicklung vollständig gedreht. Einfuhrpreise und Erzeugerpreise steigen seit dem Frühjahr 2026, als der Nahost-Konflikt eskalierte, wieder kräftig.

Der BGA sieht in dieser Entwicklung vor allem die Auswirkungen gestiegener Energie- und Rohstoffpreise infolge der geopolitischen Spannungen. Für den Großhandel bedeutet diese Entwicklung auf den Vorstufen spürbar steigende Beschaffungskosten.



Die Erzeugerpreise lagen im Juli 2026 um 3 Prozent über dem Vorjahresmonat, nach 1,8 Prozent im Juni. Die Einfuhrpreise verzeichnen eine noch dynamischere Entwicklung. Sie stiegen im Juli um 6,8 Prozent, nach 6,1 Prozent im Juni. Beide Reihen zeigten zum Jahreswechsel noch rückläufige Preisentwicklungen. Für den Großhandel bedeutet dies steigende Beschaffungskosten bei nur langsam anziehender Nachfrage.

Die Großhandelspreise folgen vor diesem Hintergrund der Entwicklung. Im Juli 2026 lagen sie 5,3 Prozent über dem Vorjahresmonat, nach 4,9 Prozent im Juni und 5,9 Prozent im Mai. Treiber sind vor allem Mineralölzeugnisse mit

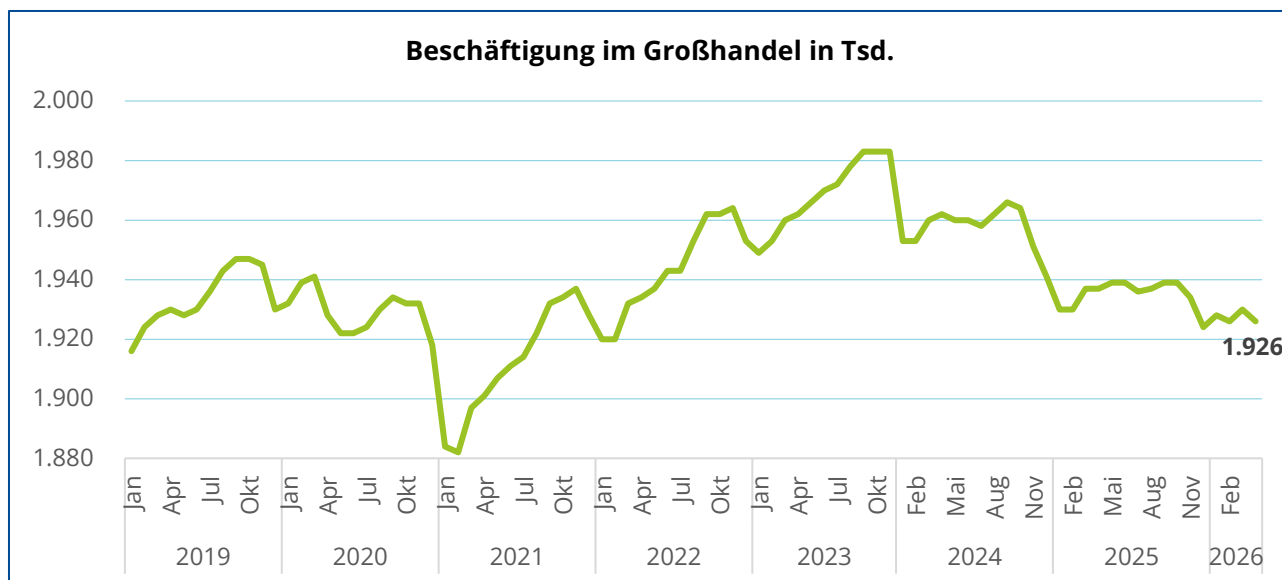
24,1 Prozent, NE-Metalle mit 27,8 Prozent und chemische Erzeugnisse mit 13,1 Prozent. Bei Nahrungsmitteln gaben die Preise dagegen nach.

Auf Grundlage der BGA-Konjunkturumfrage im Sommer 2026 geht der BGA davon aus, dass sich die Entwicklung weiter fortsetzt und damit auch die Großhandelspreise vorerst weiter steigende Tendenz zeigen werden. Hierfür spricht, dass 43 Prozent der Unternehmen mit steigenden Verkaufspreisen im zweiten Halbjahr 2026 rechnen und nur 12 Prozent mit fallenden. Eine Senkung der Energiesteuerbelastung für alle Unternehmen könnte eine Entlastung bringen.

entwicklung der beschäftigung

Die Beschäftigung im Großhandel zeigt weiterhin rückläufige Tendenz. Der Zenit der Beschäftigung im Großhandel wurde im Herbst 2023 mit 1,983 Millionen Erwerbstätigen – nach den neuesten Daten von DESTATIS - erreicht. Seitdem zeigt die Beschäftigung fallende Tendenz. Nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes waren im April 2026 noch 1,926 Millionen Menschen im Großhandel beschäftigt und damit rund 57.000 weniger als auf dem Höchststand. Damit entspricht der aktuelle

Beschäftigungsstand dem Niveau von Anfang 2022, allerdings mit umgekehrter Tendenz. Im Jahresdurchschnitt 2025 lag die Beschäftigung mit rund 1,935 Millionen um etwa 22.000 unter dem Vorjahresdurchschnitt. Der Beschäftigungsabbau folgt der wirtschaftlichen Entwicklung mit zeitlichem Nachlauf, da die Unternehmen auch auf Grund der Erfahrungen aus der Corona-Krise ein hohes Interesse hatten, ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Betrieb zu halten.



Schwache Umsätze bei hohen Kostenbelastungen für die Wiederbeschaffung von Rohstoffen und anderen Gütern, für Energie und Mobilität, für Personal, für Bürokratie, Steuern und Abgaben zehren jedoch an der finanziellen Substanz. Nach der BGA-Konjunkturumfrage im Sommer 2026 tendieren die Großhändler daher überwiegend weiter dazu, ihre Beschäftigung eher zu reduzieren als diese auszuweiten. 47 Prozent der an der Umfrage teilnehmenden Unternehmen rechnen nicht mit personellen Veränderungen im zweiten Halbjahr 2026. 19 Prozent der Unternehmen wollen ihre Beschäftigung ausweiten, während 34 Prozent einen Abbau planen. Damit setzt sich nach Einschätzung des

BGA, trotz fortbestehendem Fachkräftebedarfs, vor allem für Digitalisierung und KI, die Konsolidierung in der Beschäftigung fort.

Die Ausbildungsabsichten der Großhändler folgen diesem Trend. 39 Prozent der Unternehmen beabsichtigen, neue Auszubildende einzustellen, 61 Prozent dagegen geben an, keine neuen Auszubildenden einzustellen. Angesichts der demografischen Entwicklung und des fortbestehenden Fachkräftebedarfs sieht der BGA hierin ein Risiko für die künftige Leistungsfähigkeit der Unternehmen. Die Ausbildungsbereitschaft hängt allerdings sehr davon ab, ob sich die wirtschaftliche Erholung verstetigt.

politische handlungsempfehlungen

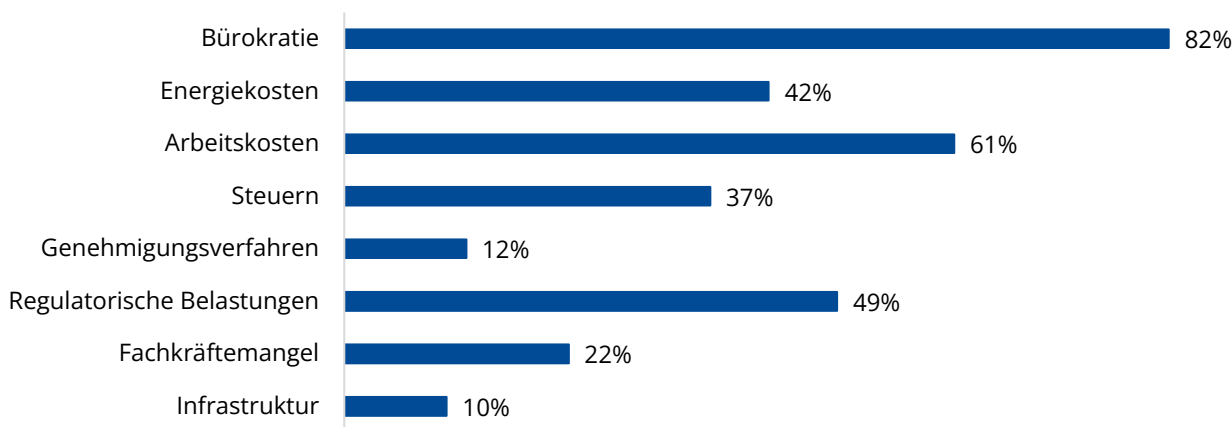
Die schwierige wirtschaftliche Lage, vielfältige Herausforderungen aus dem strukturellen Wandel und die erheblichen geopolitischen Konflikte erfordern aus Sicht des BGA mutiges und entschlossenes politisches Handeln, um die Wettbewerbsfähigkeit und Leistungsfähigkeit des Standortes Deutschland zu stärken. Angesichts der vielfältigen Herausforderungen braucht Deutschland mehr Wachstum, flexiblere Strukturen und weniger Bürokratie, um im internationalen Umfeld bestehen zu können und Deutschland als Wirtschaftsmotor in Europa voranzubringen.

Die Großhändler unterstreichen in der BGA-Konjunkturumfrage vom Sommer 2026 den Handlungsbedarf zur Stärkung der

Wettbewerbsfähigkeit. Nur 4 Prozent gaben an, dass sich die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland für ihre Geschäftstätigkeit in den vergangenen zwölf Monaten verbessert hat, aber für 42 Prozent hat sie sich verschlechtert, für 22 Prozent sogar deutlich.

Die Unternehmen des Groß- und Außenhandels sehen als stärkste Belastung ihrer Wettbewerbsfähigkeit Bürokratie und Arbeitskosten. Dies gaben 82 Prozent bzw. 61 Prozent der an der Umfrage teilnehmenden Unternehmen an. Aber auch regulatorische Vorgaben der EU (49 Prozent), Energiekosten (42 Prozent) und Steuern (37 Prozent) gehören zu den wesentlichen Faktoren, die die Wettbewerbsfähigkeit belasten.

Welche Faktoren belasten Ihre Wettbewerbsfähigkeit am stärksten?

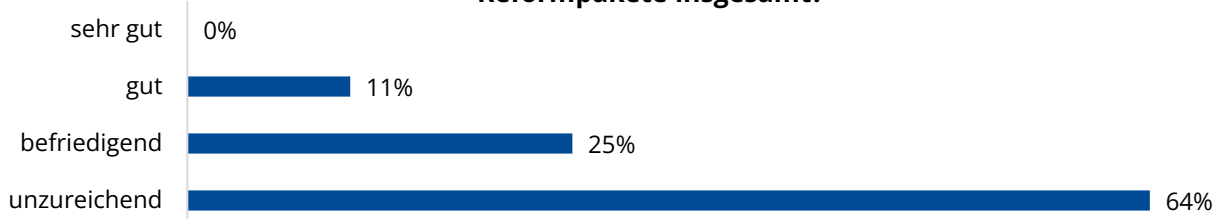


(Quelle: BGA Unternehmensbefragung, Sommer 2026; Grafik: BGA)

Die Unternehmen haben daher von der Bundesregierung eine konsequente Verbesserung der Angebotsbedingungen erwartet. Die vergangenen Monate waren trotz Sofortmaßnahmen enttäuschend. Den vor der parlamentarischen Sommerpause vereinbarten

Reformpaketen stehen die Großhändler daher aktuell kritisch gegenüber. Fast zwei Drittel der Großhändler bewerteten die geplanten **Reformen** als unzureichend und erwarten demnach deutliche, vor allem mittelstandsfreundliche Nachjustierungen.

Wie beurteilen Sie die von der Bundesregierung beschlossenen Reformpakete insgesamt?



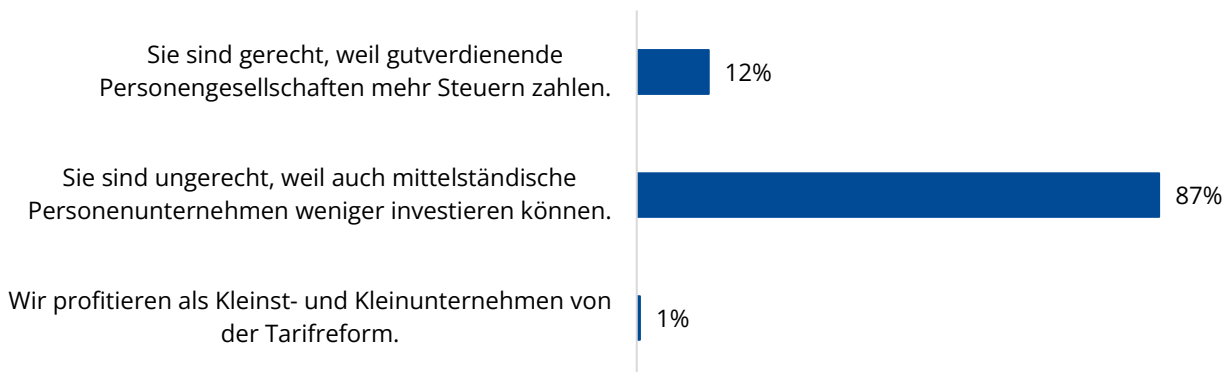
(Quelle: BGA Unternehmensbefragung, Sommer 2026; Grafik: BGA)

Nach Auffassung der Mehrheit der Großhändler greifen die vorgestellten Reformpakete zu kurz, weil strukturelle Kernprobleme nicht oder nur unzureichend angegangen werden (59 Prozent). Für 31 Prozent sind sie ein erster Schritt, dem weitere Maßnahmen folgen müssen.

Nach der Umsetzung des steuerlichen Sofortprogramms mit der Einführung der befristeten

Sonderabschreibungen für Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens und der schrittweisen Senkung der Körperschaftsteuer für Kapitalgesellschaften und der Thesaurierungsbelastung für Personenunternehmen stehen aus Sicht des Großhandels Strukturreformen bei der Unternehmensbesteuerung auf der Agenda.

Wie bewerten Sie die Eckpunkte für eine Einkommensteuertarifreform aus Sicht Ihres Unternehmens?



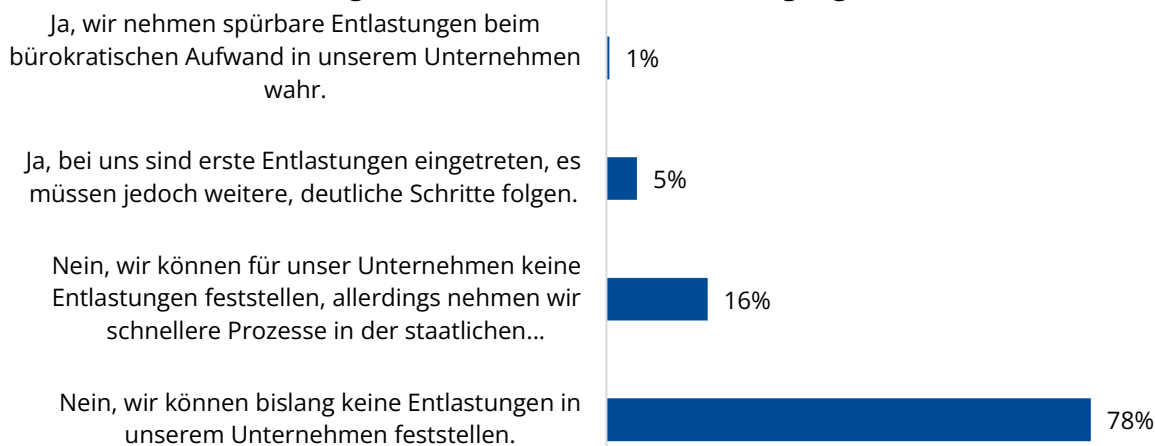
(Quelle: BGA Unternehmensbefragung, Sommer 2026; Grafik: BGA)

Nach Auffassung des BGA hätte die Politik die im Koalitionsvertrag vereinbarte Einkommensteuertarifreform nicht nur für die Senkung der Belastung kleiner und mittlere Einkommensbezieher nutzen sollen, sondern auch für Vereinfachungen bei der **Unternehmensbesteuerung**. Die nun vorgelegten Maßnahmen sehen jedoch zusätzliche Belastungen bei der Einkommensbesteuerung für erfolgreiche Personenunternehmen vor. Für Personenunternehmen ist die Einkommensteuer zugleich die zentrale Unternehmensteuer. Kapitalgesellschaften sind nicht betroffen. 87 Prozent der Personenunternehmen sehen sich daher ungerecht

behandelt. Die Steuerumverteilung zu ihren Lasten schmälert die zur Verfügung stehenden Finanzmittel für Investitionen und verstärkt allenfalls die ohnehin bereits bestehende Investitionszurückhaltung.

Der BGA setzt sich vor diesem Hintergrund für eine echte Tarifreform und Rechtsformneutralität für Personenunternehmen durch eine bessere Thesaurierungsbegünstigung, eine praktikable Körperschaftsteueroption und weniger Hürden beim Rechtsformwechsel ein.

Ergeben sich aus den bisherigen Maßnahmen für Ihr Unternehmen Entlastungen bei Bürokratie und Genehmigungsverfahren?



(Quelle: BGA Unternehmensbefragung, Sommer 2026; Grafik: BGA)

In den vergangenen Jahren hat die Flut an EU-Regulierungen und nationalen Gesetzen immer neue Anforderungen gebracht, die die Unternehmen berücksichtigen müssen. Beispielhaft hierfür sind die Vorgaben aus Nachhaltigkeitsberichterstattung, Lieferkettensorgfaltspflichten, Entwaldungsverordnung, Verpackungsverordnung und Bauproduktenverordnung. Viele Unternehmen sehen sich damit jedoch überfordert. Insgesamt können trotz einzelner Entlastungen durch verschiedene Bürokratieabbaugesetze die Unternehmen im Großhandel keine spürbaren Entlastungen feststellen. 78 Prozent monieren fehlende Entlastungen bei **Bürokratie und Genehmigungsverfahren**.

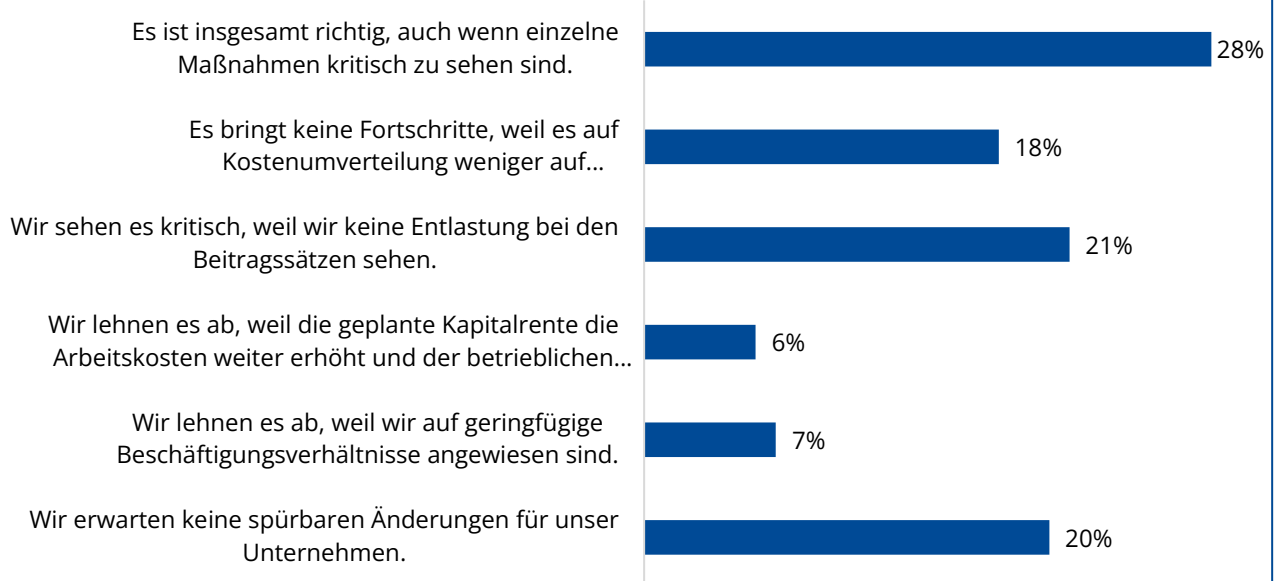
Der BGA setzt sich daher für einen deutlichen Abbau bestehender bürokratischer Vorgaben in allen Rechtsbereichen ein und kämpft im Rahmen aktueller Gesetzgebungsverfahren auf nationaler und europäischer Ebene gegen neue bürokratische Regulierung.

Auch die Entlastung bei **Arbeitskosten** muss ein Thema der Agenda zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit bleiben. Nach Informationen des Statistischen Bundesamtes vom April 2026 liegt Deutschland im EU-Vergleich der

Arbeitskosten je geleisteter Arbeitsstunde mit 45 Euro im verarbeitenden Gewerbe und dem Dienstleistungssektor vor wichtigen Wettbewerbern wie Frankreich mit 44,30 Euro, Italien mit 32 Euro, Spanien mit 26,40 Euro, Tschechien mit 19,80 Euro, Polen mit 19,10 Euro und Ungarn mit 15,20 Euro. Deutsche Arbeitgeber zahlen im Jahr 2025 gemessen am Durchschnitt der Europäischen Union von 34,90 Euro damit rund 29 Prozent mehr für eine Stunde Arbeit.

Die Arbeitskosten setzen sich zusammen aus den Bruttolöhnen und den Lohnnebenkosten wie den (Arbeitgeber-)Beiträgen zur Sozialversicherung. Der BGA hält vor diesem Hintergrund Reformen in den sozialen Sicherungssystemen in Deutschland für erforderlich, nicht nur um diese langfristig auch für kommende Generationen tragfähig zu gestalten, sondern auch um bei den Arbeitskosten zu entlasten. Dies gilt auch für die gesetzliche Rentenversicherung, zu der die Alterssicherungskommission am 23. Juni 2026 ihren Abschlussbericht mit 33 Empfehlungen für eine grundlegende Rentenreform vorgelegt hat. Die Bundesregierung plant, die Vorschläge zur Stabilisierung des Rentensystems und des Arbeitsmarktes 1:1 umzusetzen.

Wie beurteilen Sie das Rentenpaket mit seinen 33 Maßnahmen aus Sicht Ihres Unternehmens?



(Quelle: BGA Unternehmensbefragung, Sommer 2026; Grafik: BGA)

Das Maßnahmenpaket wird von 28 Prozent der Groß- und Außenhändler als insgesamt richtig bewertet, auch wenn einzelne Maßnahmen – wie die geplante faktische Abschaffung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse aus Sicht des BGA – kritisch zu sehen sind. 18 Prozent sehen in dem Paket keinen hinreichenden Fortschritt, weil es auf Kostenumverteilung und weniger auf Kosteneinsparungen ausgerichtet ist, weitere 21 Prozent, weil keine Entlastung bei den Beitragssätzen erfolgt. Zusammenfassend unterstützen die Groß- und Außenhändler die grundsätzliche Zielsetzung, halten jedoch auch zusätzliche Maßnahmen, die zu Kostenentlastungen und zu Beitragssatzsenkungen führen, für erforderlich. Eine 1:1 Umsetzung reicht nicht aus, es muss mit dem Ziel nachgelegt werden, echte Entlastungen auf der Kostenseite zu generieren und dadurch die Beitragssätze und Arbeitskosten zu senken.

Auch bei den **gesetzlichen Arbeitszeitregelungen** und den dazu angekündigten Veränderungen muss nach Auffassung der Groß- und Außenhändler nachjustiert werden. 38 Prozent plädieren dafür, nicht nur tarifgebundenen Unternehmen die Flexibilisierung der Arbeitszeit

zu ermöglichen, sondern allen Betrieben und Mitarbeitenden. Zudem sprechen sich 37 Prozent dafür aus, dass Vertrauensarbeit ohne Aufzeichnungspflicht weiter möglich sein muss, besonders bei Tätigkeiten mit großer Zeitsouveränität der Beschäftigten, z. B. im Außendienst.

Der BGA bekräftigt daher seine Forderungen zum Thema Arbeitszeit: Die notwendige Umstellung von einer täglichen auf eine wöchentliche Höchstarbeitszeit darf nicht von einer tariflichen Regelung abhängen, sondern muss für alle Beschäftigungsverhältnisse möglich sein. Eine echte Vertrauensarbeitszeit ohne Arbeitszeiterfassung muss möglich bleiben, gerade bei Tätigkeiten mit einem Grad an Gestaltungsmöglichkeiten durch die Beschäftigten. Auch eine Lockerung der gesetzlichen Ruhezeitregelungen sollte ins Auge gefasst werden.

Die Unternehmen des Groß- und Außenhandels unterstützen die Politik klar im Ausbau der **Infrastruktur**. 88 Prozent sehen im Ausbau der Infrastruktur eine notwendige Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Standort Deutschland. 43 Prozent halten dabei jedoch eine schnellere Umsetzung für erforderlich. Der BGA tritt dafür ein, dass die Planung und

Genehmigung von Infrastrukturprojekten deutlich beschleunigt, der Sanierungsstau bei Straßen, Brücken, Schienen und Wasserwegen konsequent abgebaut und die notwendigen Investitionen dauerhaft gesichert werden. Gleichzeitig braucht es weniger Bürokratie und mehr digitale Verfahren, damit Projekte schneller

umgesetzt werden können. Entscheidend ist zudem ein leistungsfähiges Zusammenspiel aller Verkehrsträger. Denn nur mit einer funktionierenden Verkehrsinfrastruktur können Unternehmen ihre Waren zuverlässig, planbar und kosteneffizient bewegen.

¹ Die Entwicklung des Großhandelsumsätze basiert auf Daten des Statistischen Bundesamtes (DESTATIS). Über die Daten zum Großhandel hinaus werden erstmals auch Daten für den Autoteilegroßhandel bei der Umsatzentwicklung einbezogen. Die Fortschreibung und Prognose erfolgt auf Grundlage der Daten der Konjunkturstatistik sowie der Ergebnisse der BGA-Konjunkturumfrage.

**Bundesverband Großhandel,
Außenhandel, Dienstleistungen e.V.**

Am Weidendamm 1A
10117 Berlin
Telefon: 030 59 00 99 570
Telefax: 030 59 00 99 519

Ansprechpartner:

Michael Alber

Geschäftsführer
Volkswirtschaft und Finanzen
michael.alber@bga.de

Johannes Golgath

Volkswirtschaft und Finanzen
johannes.golgath@bga.de

